A1 Ohne Umwelt- und Naturschutz keine Freiheit und keine Sicherheit

Gremium:	Landesvorstand, Steffi Lemke (KV Dessau-Roßlau), Wolfgang Aldag (KV Halle)
Beschlussdatum:	22.04.2025
Tagesordnungspunkt:	3 Leitantrag

Antragstext

Die Welt, so wie wir sie kennen, und die Art und Weise, wie wir es gewohnt sind zu leben, werden im Jahr 2025 durch tiefgreifende Veränderungen, ja: existenzielle Bedrohungen herausgefordert. Diese Bedrohungen sind komplex, vielgestaltig und global. Zum Teil sind sie ganz deutlich sicht- und spürbar, teilweise bauen sie sich aber auch nahezu unbemerkt, aber stetig für uns und unser alltägliches Leben auf. Das spüren die Menschen in unserem Land. Verunsicherung, Sorgen, Frust und vor allem bei jungen Menschen Zukunftsangst sind die Folge.

Die Bedrohungen zielen ab auf unsere Sicherheit. Sie betreffen den Schutz unserer Freiheit und des Friedens in Europa, in Deutschland und in Sachsen-Anhalt ebenso, wie den Schutz und Fortbestand unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diese beiden Dimensionen sind untrennbar miteinander verwoben, weswegen wir GRÜNE uns für einen erweiterten, integrierten Sicherheitsbegriff stark machen, der den Anforderungen unserer Zeit wirklich gerecht wird und alle Handlungsfelder in den Blick nimmt.

1. Die Herausforderung der zweiten Zeitenwende im Westen

Mit dem Anbruch der zweiten Präsidentschaft von US-Präsident Donald Trump erleben wir derzeit eine Erschütterung alter transatlantischer Verlässlichkeit und geopolitische Machtverschiebungen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wir erleben nach dem 24. Februar 2022, dem Tag des Beginns des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, eine Art zweite Zeitenwende in nur drei Jahren. Die USA als größte und ehemals stabile Demokratie der westlichen Welt, jenes Land, welches vor 80 Jahren Deutschland und Europa gemeinsam mit den alliierten Verbündeten vom Faschismus befreit hat, rutscht in erschreckendem Tempo bedrohlich in den Autoritarismus ab. In diesen historischen Tagen sind wir im freien Europa deshalb aufgefordert, nun in Rekordtempo selbstständig Maßnahmen für unsere eigene Sicherheit zu ergreifen. Auf allen Ebenen müssen wir wesentlich robuster und autarker werden.

Auch für den nationalen und internationalen Umwelt- und Klimaschutz verheißt die neue US-Regierung nichts Gutes. Der umweltfeindliche Slogan „Drill, Baby, Drill!“ der MAGA-Bewegung steht dabei exemplarisch für die rücksichtslose und absichtliche Ausbeutung unseres Planeten und seiner natürlichen Ressourcen und Rohstoffe. Dies ist kein Alleinstellungsmerkmal der US-amerikanischen Rechten, sondern verbindet sich unheilvoll mit den Interessen der fossilen Industrie und der sie unterstützenden Regierungen in vielen Ländern weltweit.

Neueste wissenschaftliche Studien belegen, wie stark die Folgen der Klimakrise allein Europa und Deutschland bereits jetzt durch Fluten, Stürme, Dürren,

Waldbrände treffen. Zeitgleich erleben wir ein weltweites Massenaussterben der Arten, das auch die Existenz von uns Menschen bedroht.

2. Natur und Umwelt sind (auch) unsere kritische Infrastruktur

Natur- und Klimaschutz sind Menschenschutz und bedeuten Sicherheit, die Reduktion globaler Fluchtbewegungen und es drohen volkswirtschaftliche Instabilität und immense Kosten, wenn Ökosysteme aus den Fugen geraten. Saubere Luft und sauberes Wasser bedeuten Gesundheit. Wir sind existentiell darauf angewiesen und es ist Kernaufgabe eines demokratischen Staates diese Güter allen Bürgern frei zugänglich zu machen. Eine intakte Umwelt ist die Voraussetzung einer prosperierenden Wirtschaft und einer funktionierenden Infrastruktur. Wir können die ökologische Dimension darum nicht außen vorlassen, wenn wir unter dem alarmierenden Eindruck hybrider Kriegsführung und konventioneller Kriegsgefahren, unter dem Eindruck der Manipulation demokratischer Wahlen und Diskursbeeinflussung, unter dem Eindruck des Aufkommens rechtspopulistischer und faschistischer Kräfte im In- und Ausland nun zu Recht von einem neuen und umfassenden Sicherheitsbegriff sprechen.

Geht es allein nach CDU, SPD und CSU fällt der Klimaschutz verlässlich hinten runter. Der Sicherheitsbegriff droht auf das rein Militärische hin verengt zu werden. Es ist daher ein großer Erfolg, dass die GRÜNE Bundestagsfraktion in harten Verhandlungen 100 Milliarden Euro zusätzlich für den Klimaschutz sichern, und die Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 grundgesetzlich stärken konnte. Mit Blick auf die gesamtökonomischen Risiken durch zunehmende Extremwetterereignisse und den Verlust von Ökosystemen und Biodiversität dürfen Natur- und Klimaschutz nicht noch mehr unter die Räder kommen. Investitionen in Ökosysteme, den natürlichen Klimaschutz oder Erneuerbare Energien sind direkte Investitionen in die Sicherheit und Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

3. Integrierte Sicherheit mit Umwelt zusammen denken

Die Sicherheitslage hat sich in Europa dramatisch verändert und die miteinander verschränkten drei ökologischen Krisen unseres Jahrhunderts - die Klimakrise, das Artenaussterben und die Verschmutzungskrise - verstärken diese fragile Situation für uns zusätzlich. Zu diesem umfassenden, breiten und integrierten Sicherheitsbegriff gehören auch für uns GRÜNE die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, auch in Systemen kollektiver Sicherheit, der Ausbau nachrichtendienstlicher Fähigkeiten, die Unterstützung für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten, Maßnahmen der Auslandshilfe im Krisenfall, die Stärkung internationaler Organisationen zur Friedenssicherung und der Schutz der Zivilbevölkerung, sowie der Schutz der informationstechnischen Systeme und der Infrastruktur.

Dieser erweiterte Sicherheitsbegriff geht dabei über die traditionelle Auffassung von Sicherheit hinaus. Er umfasst auch wirtschaftliche Stabilität, soziale Kohäsion und eben ökologische Nachhaltigkeit.

Dass die ökologische und soziale Dimension unserer Sicherheit und Freiheit dabei nicht nur ein Punkten unter vielen oder eben ein vermeintlich klassisches grünes Steckenpferd ist, wird anhand der zunehmenden Anzahl von Analysen und Risikoeinschätzungen deutlich, die von immer mehr nationalen und internationalen Organisationen vorgenommen wird. Klima- und Umweltschutz sind kein „nice-to-have". Klima- und Umweltschutz sind harte Sicherheits- und Geopolitik. In diesem Kontext ist es unerlässlich, die Strategische Vorschauanalyse der NATO von 2023, die Risikoeinschätzung NiKE des Bundesnachrichtendienstes (BND), die Analysen des Weltwirtschaftsforums Davos sowie die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung zu betrachten. Diese Dokumente verdeutlichen allesamt, wie eng Sicherheit mit Klima- und Naturschutz verknüpft ist und welche Herausforderungen sich daraus ergeben.

Die NATO-Analyse hebt dabei hervor, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen für die Sicherheit der Allianz darstellt. Extremwetterereignisse, Ressourcenknappheit und Migration sind nur einige der Folgen, die die Stabilität von Staaten und Regionen gefährden können. Die NATO betont die Notwendigkeit, militärische Strategien an diese neuen Herausforderungen anzupassen und die Resilienz der Mitgliedsstaaten zu stärken.

Die „Nationale interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung" (NiKE) verfasste der BND gemeinsam mit dem Metis Institut der Bundeswehr-Universität München, dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PiK) und der Denkfabrik „adelphi research". In der Analyse wird die Klimakrise als ein zentraler Risikofaktor und eine der größten Sicherheitsgefahren für Deutschland identifiziert.

Der Global Risk Report 2025 des Weltwirtschaftsforums stufte extreme Wetterereignisse als Folge der Klimakrise ebenfalls als großes Risiko für die Menschheit ein. Umweltrisiken bleiben auf Platz 2 bzw. Platz 1 in den 2-Jahres- bzw. 10-Jahres-Prognosen. Die Umweltverschmutzung wird demzufolge als dringenderes kurzfristiges Risiko angesehen. Als größere langfristige Bedrohung gelten der Verlust der biologischen Vielfalt, die Ressourcenknappheit und der Zusammenbruch der Ökosysteme.

Der Zusammenhang „Klima und Sicherheit" ist demnach gut untersucht, und für uns GRÜNE somit klar: Wer den Klima- und Umweltschutz schleifen lässt, der bedroht die Existenzgrundlage von uns Menschen. Er bedroht unseren Wohlstand, unsere innere Stabilität in Deutschland und Europa und setzt die globale Sicherheit und Ordnung auf Spiel. Jede* Konservative, die oder der für sich in Anspruch nimmt, die Bevölkerung in Deutschland schützen und ihre Lebensqualität bewahren zu wollen, wäre demnach mehr als gut beraten, radikale und wirksame Vorschläge zum Klima- und Umweltschutz zu machen.

Als große Wirtschaftsnation und in vielerlei Weise innovativer und nachhaltiger Industriestandort Sachsen-Anhalt haben wir eine besondere Verantwortung dafür, unsere Treibhausgasemissionen und umweltschädlichen Einträge zu reduzieren. Außerdem können wir neue technologische Lösungen entwickeln und Partnerschaften mit Ländern stärken, die zunehmend unter immer stärkeren Stürmen, Dürren, Starkregenereignissen oder Hitzewellen leiden. Investitionen in unser Klima verhelfen Menschen weltweit zu Wohlstand und Entwicklung und fördern unsere Sicherheit.

Wir erwarten deshalb von der künftigen Bundesregierung, dass sie im Interesse der Bevölkerung den in den letzten Jahren eingeschlagenen Weg in der Klima- und

Umweltpolitik weitergeht, um so für einen Sicherheits-, Wohlstands- und Stabilitätsanker für die Zukunft zu sorgen. Ihre Angriffe auf den Umwelt- und Naturschutz ignorieren die Sicherheitsanalysen von NATO und BND sowie die Realität.

Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies, dass wir den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz konsequent stärken, um die Sicherheit im Land zu erhöhen und den Standort Sachen zu stärken.

4. Naturschutz als Sicherheits- und Standortpolitik in Sachsen-Anhalt

Vor unserer Haustür sterben Wälder, trocknen Moore aus, verlanden Flüsse und verschwinden Lebensräume. Von einer sinkenden Biodiversität, geschwächten Ökosystemleistungen, wachsenden Extremwetterrisiken, massiven Risiken für unsere Ernährungssicherheit, einer bedrohten Wasserverfügbarkeit ist auch Sachsen-Anhalt betroffen. Der Verlust der Artenvielfalt ist kein Randthema mehr. Auch bei uns steht rund die Hälfte der bewerteten Tier- und Pflanzenarten auf der roten Liste. Besonders betroffen sind Moore, Auen, extensives Grünland, Gewässer und Streuobstwiesen. Ursachen sind Lebensraumverlust, Pestizide und Übernutzung.

Die sich zuspitzende Klimakrise hat längst konkrete, spürbare Auswirkungen unbekannten Ausmaßes in Sachsen-Anhalt: Hochwasser, Waldbrände, Dürreschäden, sinkende Grundwasserspiegel. Ohne intakte Ökosysteme, ohne natürlichen Klimaschutz verlieren wir unsere verlässlichsten und wirksamsten Abwehrkräfte gegen diese Bedrohungen.

In dieser sicherheits-, weil eben umweltpolitisch kritischen Lage erleben wir eine Landesregierung, die sich aus der Fläche zurückzieht: die Schutzgebietsbetreuung wird ausgedünnt, Landesprogramme ausgesetzt, Förderrichtlinien nicht verlängert, Fördermittel nicht kofinanziert – und dass trotz klarer gesetzlicher Verpflichtungen und Vereinbarungen im Koalitionsvertrag. Diese Entwicklung ist nicht nur ökologisch fahrlässig, sondern auch ökonomisch kurzsichtig und gesellschaftlich verantwortungslos. Intakte Natur ist kein Luxus – sie ist unsere Lebensversicherung.

Dass Naturschutz Sicherheitsvorsorge ist, zeigen u. a.:

- die Deichrückverlegung an der Elbe bei Lenzen, die den Scheitel beim Jahrhunderthochwasser um 50 cm senkte
- intakte Moore als CO_2-Speicher und Wasserpuffer
- gesunde Wälder als Klima-, Wasser- und Artenschützer

Naturschutz ist auch Standortpolitik. Der ländliche Raum braucht Pflege, regionale Wertschöpfung und eine intakte Umwelt. Projekte im Naturschutz stärken Tourismus, Bildung, regionale Produkte und kommunale Identität. Ohne funktionierende Ökosysteme gibt es keine wirtschaftliche, soziale oder gesellschaftliche Stabilität. Wer Sicherheit für Sachsen-Anhalt ernst meint, muss Naturschutz bei uns stärken.

5. Politisches Versagen und die Gefahr irreversibler Verluste

Der aktuelle Haushaltsentwurf 2025/26 gefährdet zentrale Aufgaben im Naturschutz.

So wurden die Mittel zur Kofinanzierung von Naturschutzprojekten aus EU-Förderprogrammen wie ELER oder Natura 2000 sowie aus Bundesprogrammen stark gekürzt. Die finanzielle Unterstützung für Naturparke und Umweltverbände bleibt trotz gestiegener Aufgaben auf dem bisherigen Stand bestehen, Einrichtungen wie z.B. der Storchenhof Loburg die sich in besonderem Maße im Artenschutz engagieren, kämpfen um Mittel, andere wie das Heineanum (Rotmilanzentzrum) oder der Großtrappen sind unzureichend mit finanziellen Mittel ausgestattet.

Rund 10 Millionen Euro an EU-Mitteln drohen zu verfallen. Das ist politisch verantwortungslos und wirtschaftlich absurd. Es bedroht funktionierende Strukturen in Naturschutz und Umweltbildung und konterkariert die Verpflichtungen aus EU-Richtlinien und dem Koalitionsvertrag.

Wir GRÜNE sagen klar: Pflichtaufgaben des Naturschutzes dürfen nicht dem

Haushaltsrotstift zum Opfer fallen. Hier werden wir politisch Widerstand leisten und uns konkret und konstruktiv einbringen.

6. Unsere Forderungen – Eine Naturschutzstrategie für die Sicherheit in Sachsen-Anhalt

Wir GRÜNE fordern eine verbindliche Naturschutzstrategie mit Aktionsplan bis Ende 2025, getragen vom Land, unter Einbindung von Kommunen, Verbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

6.1 Ziele, Maßnahmen und Monitoring:

- verbindliche Zielmarken für den Erhalt und die Wiederherstellung von Lebensräumen
- Erstellung eines Maßnahmenkataloges mit Fristen, Indikatoren und Zuständigkeiten
- regelmäßiger Bericht zur Umsetzung an den Landtag

6.2 Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und Biodiversitätsstrategie:

- Erstellung von Sanierungsfahrplänen für belastete Gewässer
- Renaturierung von Auen, Rückbau von Barrieren, Deichrückverlegung
- Unterstützung kommunaler Gewässerkonzepte
- Fortschreibung der Biodiversitätsstrategie in partizipativem Verfahren

6.3 Naturschutz in die Fläche bringen – Landschaftspflegehöfe aufbauen:

- Aufbau von mindestens einem Landschaftspflegehof pro Landkreis
- institutionelle Grundförderung aus dem Landeshaushalt (mind. 250.000 €/Jahr)
- zentrale Rolle bei Beratung, Umsetzung, Monitoring
- enge Zusammenarbeit mit Landwirtschaft, Kommunen und Ehrenamt

6.4 Moorschutzprogramm Sachsen-Anhalt:

- Priorisierung schützenswerter und renaturierbarer Moore
- Wiedervernässung, Beratung und Förderung der Nutzung nasser Moorböden
- gezielte Nutzung der Bundesmittel aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK)

6.5 Fachkräfte stärken – Wissen sichern:

- Aufbau einer Naturschutzakademie Sachsen-Anhalt
- Landesweites Programm zur Artenkenntnisvermittlung, insbesondere an junge Menschen
- Reaktivierung der Rote-Liste-Kartierungen und Monitoringprogramme

6.6 Kommunen und Ehrenamt stärken:

- Förderung kommunaler Biodiversitätsstrategien inkl. dazu notwendiger Personalstellen
- Entbürokratisierung von Antragsverfahren für kleine Träger
- Aufbau mobiler Beratungsstrukturen und gezielte Ehrenamtsförderung

6.7 Gesetzliche Verankerung:

- Verabschiedung eines Landesklimaschutzgesetzes
- Novelle des Landeswassergesetzes
- gesetzliche Verankerung der Naturschutzstrategie inkl. Berichtspflicht

7. GRÜNE Perspektive für 2026: Klima- und Naturschutz ins Zentrum des Sicherheitsgedankens

Die Landesregierung aus CDU, SPD und FDP baut trotz bestehender gesetzlicher Verpflichtungen systematisch zentrale, sicherheitsrelevante Strukturen im Umwelt- und Naturschutz ab. Die Folgen gefährden nicht allein den ökologischen Zustand unseres Landes, sondern auch den Schutz von Menschenleben, die wirtschaftliche Zukunft und die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in europäischen und internationalen Zusammenhängen. Wir GRÜNE stehen bereit, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren und Sachsen-Anhalt zu einem Bundesland zu machen, das Biodiversität schützt, Klimaanpassung ernst nimmt und seine natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig sichert.

Im Rahmen der sich derzeit vollziehenden zweiten Zeitenwende mit multiplen und noch unabsehbaren Auswirkungen auf die internationale, europäische und nationale Sicherheit nimmt die Krise der Natur eine Schlüsselstellung ein. Sie betrifft unser Wasser, unser Essen, unser Klima, unsere Gesundheit und unsere regionale Wirtschaft. Für uns GRÜNE ist klar: Wir denken Sicherheit integriert und umfassend.

Wir machen Klima- und Umweltschutz darum zu einem zentralen Thema der Landtagswahl 2026.

- Mit uns wird Ökologie zur politischen Priorität.
- Mit uns werden Naturschutz, Umweltschutz und Klimaschutz zur starken Säule einer integriert verstandenen Sicherheit – im Einklang mit den relevanten sicherheitspolitischen Analysen und Risikoeinschätzungen aus der Wissenschaft und von internationalen Institutionen.
- Mit uns wird Sachsen-Anhalt zum Vorreiter im natürlichen Klimaschutz.
- Mit uns wird ökologische Sicherheit zum Leitbild einer neuen nachhaltigen Politik zum Schutz unserer Heimat und der Menschen in Sachsen-Anhalt.